G.I.B.-Beiträge zur Arbeits- und Sozialpolitik 2024/20
Interview Armutsbekämpfung und Sozialplanung

Sozialräumliche Kooperation schafft Mehrwert

Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg

Das Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg ist ein seit 30 Jahren bestehendes Hilfesystem für Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind. Träger des Netzwerks sind die Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH und der Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e. V. Einige Projekte des Netzwerks sind finanziert über die Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit in NRW „Endlich ein Zuhause!" Ein Gespräch mit Judith Becker vom Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg, Alisa Pinner, stellvertretende Leiterin des Amts für Soziales und Inklusion des Rheinisch-Bergischen Kreises, und Michael Schulte, Geschäftsführer Jobcenter Rhein-Berg, über die Bedeutung von Netzwerken in der Unterstützung von Personen in Wohnungsnot.

G.I.B.: Frau Becker, das Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg feiert in diesem Jahr sein 30-jähriges Jubiläum. An wen richtet sich Ihr Angebot, was ist Ihr Ziel?

Judith Becker: In unserem Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg geht es um die Unterstützung von Menschen in Wohnungsnot, mit besonderen Lebenslagen und mit sozialen Schwierigkeiten bei den Themen Wohnen, Gesundheit, Finanzen sowie soziale und arbeitsmarktliche Partizipation, wobei die Probleme oft eng miteinander verknüpft sind. Der Rheinisch-Bergische Kreis gehört zu den 20 am meisten von Wohnungsnot in NRW betroffenen Landkreisen und kreisfreien Städten. Weil der Kreis kein homogenes Gebilde ist und viele Bürger*innen in Wohnungsnot nicht auf die Kreisstadt Bergisch Gladbach fokussiert sind, sind wir in allen acht Kommunen des Kreises mit unseren unterschiedlichen Hilfeangeboten präsent. Wir bieten intensive Unterstützungsmaßnahmen zur Abwendung eines akut drohenden Wohnungsverlustes, helfen bei Wohnraumbeschaffung und Reintegration in Wohnraum von Personen in kommunalen Obdächern, leisten Sozialarbeit vor Ort und sind mit unserem Beratungsmobil in Form aufsuchender Hilfen in allen Kommunen zu finden.

Judith Becker, Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH, Leitung Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg

Keimzelle unseres Angebots ist die Fachberatungsstelle für Menschen in Wohnungsnot. Daran angegliedert ist ein Tagesaufenthalt als Basisversorgung. Des Weiteren bieten wir Ambulant Betreutes Wohnen, Streetwork und die Arbeitsprojekte „Fahrradwerkstatt RADWERK" und

Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Europäischen Union
Kofinanziert von der Europäischen Union
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

„BLATTWERK“ – ein Urban-Gardening-Projekt – an. An RADWERK und BLATTWERK ist das Hilfeangebot BeTa – Betreute Tagesstruktur – in Kooperation mit dem Jobcenter Rhein-Berg und dem Landschaftsverband Rheinland angebunden. Außerdem konnten wir im Rahmen der Landesinitiative vier zusätzliche Module seit 2019 etablieren, darunter die „Kümmerer*innen“, das heißt Sozialarbeiter*innen und Immobilienfachkräfte, und das Beratungsmobil.

Was meinen Sie mit „der Kreis ist kein homogenes Gebilde“ und wie begegnen Sie dem?

Michael Schulte: Der Rheinisch-Bergische Kreis ist kein homogenes Wohn-, Lebens- und Arbeitsgebiet. Er ist entstanden durch die Gebietsreform 1975, die Menschen orientieren sich in ihren Lebens- und Arbeitsbezügen eher im Norden in Richtung Leverkusen, Remscheid, Solingen und im übrigen Kreisgebiet in Richtung Köln. Umso wichtiger ist es, Unterstützungs- und Hilfeangebote unmittelbar vor Ort in den Kommunen und in den Sozialräumen anzubieten. Deswegen gibt es Jobcenter-Standorte in allen acht Kommunen des Kreises, damit wir den Menschen da begegnen, wo sie wohnen und leben. So weit wie möglich beziehen wir alle Hilfenetzwerke vor Ort für unsere Leistungsberechtigten ein.

Michael Schulte, Geschäftsführer Jobcenter Rhein-Berg
• Foto: Thomas Pochert, www.tom-foto.de

Judith Becker: Aus diesem Grund sind wir ebenso in allen acht Kommunen und an allen Obdächern begleitend und aufsuchend tätig. Viele unserer Standorte sind direkt bei den Jobcentern. Aus gutem Grund: Weit über 60 Prozent der Menschen, mit denen wir zu tun haben, sind seit vielen Jahren kontinuierlich im SGB II-Bezug. Darüber hinaus ist das Jobcenter auch Ansprechadresse etwa bei der Frage, ob ein Darlehen gewährt werden kann, um Mietkosten zu übernehmen und Wohnungsnot zu vermeiden. Bei so vielen inhaltlichen Zusammenhängen ist es sehr vorteilhaft, dass wir die gleichen Büroräumlichkeiten nutzen oder mit unserem Beratungsmobil am Jobcenter stehen. Für unsere Arbeit ist zudem sehr hilfreich, dass uns im Jobcenter mit dem Team „jobcenter.cooperativ“ jederzeit Ansprechpersonen zur Verfügung stehen, sodass wir in Einzelfällen in besonderen Lebenslagen direkt Kontakt aufnehmen können. Das ermöglicht schnelle Abläufe, und darauf sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der operativen Ebene auch angewiesen. Denn Vermieter warten nicht lange, wenn es um Wohnungsentscheidungen geht.

Wie bewerten Sie, Herr Schulte, als Geschäftsführer eines Jobcenters, die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Wohnungsnot auf struktureller Ebene?

Michael Schulte: Mit dem Netzwerk Wohnungsnot haben wir eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Insgesamt bestehen ausgezeichnete, über Jahre verfestigte Kommunikations- und Kooperationsstrukturen. Das ist auch für uns als Jobcenter von großer Bedeutung, denn Wohnen ist die Basis für eine soziale und arbeitsmarktliche Integration.

Im SGB II haben wir oft Menschen im Bezug mit vielfältigen Problemlagen. Verzahnte Wissens- und Handlungskompetenz der vielen Akteure sowie aufeinander abgestimmte Hilfesysteme können hier hilfreich sein. Deshalb versuchen wir, Hilfe mit den Partnern zusammen möglichst wie aus einer Hand zu realisieren. Dafür haben wir institutionalisierte Kooperationsstrukturen, zum Beispiel feste Regel-Dialoge mit dem Amt für Soziales und Inklusion, um Zuständigkeitsfragen rasch zu klären und Themen ressortübergreifend zu beraten.

Wir wollen gemeinsam vermeiden, dass Menschen, die dringend auf Hilfe angewiesen sind, am Ende von Stelle zu Stelle weitergeleitet werden mit dem Risiko, dass sie dabei auf der Strecke bleiben. Unser Gesamtangebot muss niederschwellig sein und deshalb gehen wir auch raus in die Sozialräume und beraten vor Ort. Aber wir sind auf vielen Ebenen und zu vielen Themen vernetzt. Dies reicht von der Ebene der Mitarbeitenden bei den Wohlfahrtsverbänden und Kommunen bis zur Jugendhilfe- und Sozialdezernent*innenkonferenz im Rheinisch-Bergischen Kreis.

Frau Pinner, aus dem Gesagten wird ersichtlich, dass die Kreisverwaltung des Rheinisch-Bergischen Kreises ein weiterer zentraler Akteur im Bereich Wohnungslosigkeit ist. Welche Funktion hat das Sozialamt des Kreises und wie gelingt Ihnen auf übergeordneter Ebene die gute Zusammenarbeit?

Alisa Pinner: Zum Netzwerk Wohnungsnot haben wir als Kreis viele Schnittstellen. So finanzieren wir zum Beispiel die Fachberatungsstelle zur Hälfte. Als Zuwendungsempfänger für die finanzielle Förderung der Landesinitiative „Endlich ein Zuhause" haben wir die Anträge mitgeschrieben und das Antragsverfahren begleitet, eine Hintergrundarbeit, die oft nicht in Erscheinung tritt. Und wir leiten die Mittel der Landesinitiative weiter an das Netzwerk, und zwar gerne, weil wir die guten Erfolge des Projekts sehen. Deswegen hat es uns auch gefreut, dass die Finanzierung seit Anfang 2023 fortgeführt werden konnte.

Ein wichtiges Gremium ist die vom Kreis initiierte Steuerungsgruppe. Daran beteiligt sind die Sozialamtsleitungen der kreisangehörigen Kommunen, die für die hier verhandelten Themen nach dem SGB XII, wie etwa die Obdächer, verantwortlich sind, das Jobcenter, das Netzwerk Wohnungsnot, die Wohlfahrtsverbände, die Sozialplanung des Rheinisch-Bergischen Kreises und natürlich weitere Bereiche aus dem Kreissozialamt. Moderiert und fachlich unterstützt wird die Steuerungsgruppe vom Landschaftsverband Rheinland.

Gemeinsam stehen wir vor großen Herausforderungen, denn Wohnraum wird immer knapper. Da ist es insbesondere für kleinere Kommunen eine echte Chance, sich mit diesem Themenkomplex nicht allein auseinandersetzen zu müssen, sondern von den Erfahrungen der anderen profitieren zu können. Die Steuerungsgruppe hat weitaus mehr Möglichkeiten, gute Lösungen zu finden, gerade in einer Zeit, wo die Obdächer nicht leerer werden. Wenn dann zum Beispiel in den Sitzungen des Gremiums eine Kommune davon berichtet, einen Investor gefunden zu haben, der Kleinwohnungen speziell für junge Menschen erstellen will, kann der kollegiale Erfahrungsaustausch inspirierend sein für die anderen Kommunen, denn sie sind die zentralen Akteure, wenn es um Wohnraum geht. Aber die einzelne Akquise von Vermietern erfolgt natürlich nicht in der Steuerungsgruppe, sondern in den Projekten etwa der Landesinitiative.

Wohnungsnot, sagten Sie eingangs, ist oft verknüpft mit vielen anderen Problemen, mit psychischer Gesundheit oder mit Arbeitslosigkeit zum Beispiel. Kommen zu Ihnen auch in Wohnungsnot geratene Menschen, die über Erwerbseinkommen verfügen?

Judith Becker: Von den Menschen, mit denen wir im Netzwerk zu tun hatten, hatten 2022 dreizehn Prozent als Haupteinkommen Erwerbseinkommen – und ich finde, das ist viel. Auch sie erleben Wohnungsnot als existenziell bedrohliches Thema. Denn mit der Wohnung verliert man nicht nur seine vier Wände, sondern einen großen Teil seiner Biografie. Viele lieb gewordene Gegenstände kann man nicht zu Bekannten mitnehmen, bei denen man auf der Couch unterkommt oder auch nicht in Obdächer, weil kein Platz dafür vorhanden ist. Gesetzlich sind das Notunterkünfte zur Beseitigung unfreiwilliger Obdachlosigkeit mit einer Nutzungserlaubnis: Meist Minimalausstattung – Tisch, Bett, Stuhl, kleiner Schrank. Aufgrund der hohen Nachfrage können Kommunen häufig keine Einzelzimmer zur Verfügung stellen – mehrere Menschen auf engem Raum, die ihrerseits oft hoch emotional beladen sind. Das ist eine reine Basisversorgung. Die Unterkunftssituation ermöglicht kaum Raum für Privatsphäre und Ruhe und kann so zusätzlich zum Verlust der Arbeit beitragen. Zu uns kommen Menschen in Arbeitsverhältnissen, die erzählen, dass sie seit Wochen im Auto schlafen oder denen ihr Chef erlaubt hat, irgendwo im Lager in der Firma zu übernachten. So gesehen sind 13 Prozent viel. Hinzu kommen 68 Prozent, die Arbeitslosengeld II und zwei Prozent, die Arbeitslosengeld I beziehen.

Alisa Pinner, Rheinisch-Bergischer Kreis, stellvertretende Leitung Amt für Soziales und Inklusion, Bergisch Gladbach

Michael Schulte: In dem Zusammenhang spielt die Bewertung der Selbstwirksamkeit und das Zutrauen in die eigenen Kompetenzen vieler Leistungsberechtigter eine wichtige Rolle. Viele Menschen im SGB II-Bezug haben im Laufe der Zeit aufgrund unterschiedlicher Misserfolgserlebnisse dies verloren. Deshalb überlegen wir gemeinsam mit den örtlichen Trägern, wie wir niederschwellige Arbeitsgelegenheiten als Basisinstrument stärker nutzen und so ausgestalten können, dass die Menschen Erfolgserlebnisse haben. Entscheidend ist, dass sie sich nicht aufgeben, dass sie nicht sagen: „Ich trau mich gar nicht mehr raus, ich fall sowieso auf die Nase." Eng verknüpft ist damit auch das Thema Fachkräfte- oder Arbeitskräftesicherung. Ein Ziel unserer Arbeit ist, Teilqualifizierungen oft nur in kleinen Schritten mit der erforderlichen Begleitung für SGB II-Beziehende umzusetzen.

Judith Becker: Viele Menschen empfinden es als enorm verletzend, wenn sie über eine lange Zeit keine Eintrittskarte in die Arbeitswelt haben. Bei Arbeitsgelegenheiten in unserer Fahrradwerkstatt bekommen sie nur eine Mehraufwandsentschädigung, aber es ist faszinierend zu erleben, wie schnell sie dort von der Rolle der/des Hilfeempfangenden in die eines fachkompetenten Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin gelangen und sich selbst anders wahrnehmen und definieren.

Auch hier sprechen Sie wieder das Thema Zusammenarbeit in Netzwerken an. Sind Netzwerke wirklich so unverzichtbar?

Alisa Pinner: Netzwerken schafft Mehrwerte für alle: strukturell für die verschiedenen Organisationen, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis. Deutlich wird das auch am Sozialplanungsprozess des Rheinisch-Bergischen Kreises, der unter dem Titel „Motiv Mensch – Sozialen Wandel gestalten" firmiert. Ziel ist, die Lebenslagen und Teilhabechancen aller Menschen im Kreis zu verbessern. Unter diesem Leitmotiv finden vor Ort im Sozialraum hunderte von Aktionen statt, die sich nur im Netzwerk umsetzen lassen.

Judith Becker: Und das Wichtigste ist, die Akteur*innen vor Ort finden im Sozialraum unter diesem Motiv zusammen und gestalten selbst ihr Netzwerk und den Sozialraum ganz praktisch und aktiv.

Michael Schulte: Eindeutig: Zusammen schaffen wir mehr, weil alle ihre spezifischen Kompetenzen einbringen und sich so gegenseitig ergänzen. Nur ein Beispiel von vielen ist unser Vorgehen beim Thema „Wohngeld-Plus". Hier gehen wir auf jede Kommune zu und laden die Vertreter der Wohngeldstellen zu Meetings und schauen, ob wir es gemeinsam nicht besser umsetzen können.

Schauen wir in die Zukunft: Hat die Landesinitiative die letzten Lücken im Umgang mit Wohnungsnot geschlossen oder sehen Sie zusätzliche Bedarfe? Was sind Ihre weiteren Pläne als Netzwerkende?

Judith Becker: Die Landesinitiative hat viele tolle Angebote ermöglicht. Wir haben zwei Immobilienfachkräfte in unseren Projekten, und das ist enorm hilfreich. Zunächst einmal zeigt es, dass Wohnungsnotfallhilfen nicht nur als Thema der Sozialarbeit angesehen, sondern interdisziplinär gedacht werden. Man muss es ganz nüchtern so sagen: Immobilienfachkräfte sind für Vermieter ein geeigneterer Ansprechpartner als Sozialarbeiter*innen, weil sie eher als Gleiches wahrgenommen werden. Wir wollen noch stärker als bisher sozialräumlich denken und präventiv agieren. Gemeinsam mit der Stadt Bergisch Gladbach sind wir aktuell dabei, eine Art Wohnprojekt zu realisieren. Die Stadt hat ja einen Investor im Bereich sozialer Wohnungsbau gewinnen können, in dessen Neubauten die Stadt Menschen, die bisher in kommunalen Obdächern eine Nutzungsvereinbarung hatten, mit einem regulären Mietvertrag ausstatten möchte. Dazu hat die Stadt bei unserem Netzwerk Wohnungsnot angefragt, ob wir uns vorstellen könnten, die neuen Mieterinnen und Mieter mit unserem Angebot Ambulant Betreutes Wohnen nach Paragraf 67 SGB XII zu unterstützen. Ja, lautete unsere Antwort, weil es keine Abhängigkeit zwischen sozialarbeiterischer Unterstützung und Mietverhältnis gibt.

Michael Schulte: Auch wir wollen uns stärker auf aufsuchende Arbeit fokussieren, darunter Aktivitäten nach Paragraf 16a SGB XII, um junge Menschen langfristig in ein selbstständiges Leben zu führen. Oft gibt es in Institutionen das Denken: Wenn der Leidensdruck groß genug ist, dann kommen die Menschen schon zu uns. Aber das stimmt nicht und genau deswegen wollen wir mit aufsuchender Arbeit intensiver als bisher im Sozialraum tätig werden.

Zudem wollen wir uns auf allen Ebenen stärker als Beratungsinstitution verstehen. Dazu haben wir bereits begonnen, alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in der materiellen Leistung in Beratungskompetenz und die dazu gehörende entsprechende Sensibilität für die Problemlagen der Menschen zu schulen. Das ist der Job, den wir als Jobcenter zukünftig haben.

ZUR INFORMATION

Dieses Interview wurde bereits im G.I.B.INFO 2_23 veröffentlicht.

Alisa Pinner: Wir haben in unserem Amt für Soziales und Inklusion das sogenannte Handlungskonzept, das ist unser interner Arbeits- und Handlungsleitfaden. Darin haben wir die Basisbereiche Inklusion, Senioren und Pflege um den Bereich Wohnen ergänzt. Damit ist das Thema konzeptionell aufgenommen. Das gesamte Themenfeld mit mehr Ressourcen bedienen zu können, ist ein wesentlicher Zukunftsplan und das behandeln wir auch immer wieder in der Steuerungsgruppe. Vorschläge dazu halten wir in unseren jährlichen Sachstandsberichten zum Handlungskonzept fest als Grundlage für Entscheidungen der Politik.

Judith Becker: Ganz optimistisch stimmt mich schon mal, dass der Landschaftsverband Rheinland und die Kommunen unter der Moderatorenrolle der Kreisverwaltung miteinander im Gespräch sind, um das von der Landesinitiative vorgesehene Stellenkontingent von drei Vollzeitstellen um eine vierte zu ergänzen. Die Aussichten sind nicht schlecht, denn mit den Ergebnissen der bisherigen Projekte ist das gesamte Netzwerk hoch zufrieden.

IMPRESSUM

G.I.B.-Beiträge zur Arbeits- und Sozialpolitik

HERAUSGEBERIN

G.I.B. – Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH
Im Blankenfeld 4 • 46238 Bottrop
Tel.: 02041 767-0 • Fax: 02041 767-299
mail@gib.nrw.de • www.gib.nrw.de
Geschäftsführer: Torsten Withake (V. i. S. d. P.)

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR

Josef Muth
j.muth@gib.nrw.de

INTERVIEWTE PERSONEN

Michael Schulte
Geschäftsführer Jobcenter Rhein-Berg
rhein-berg@jobcenter-ge.de

Judith Becker
Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
Leitung – Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg
j.becker@dw-cv.de

Alisa Pinner
Rheinisch-Bergischer Kreis, Stellvertretende Leitung
Amt für Soziales und Inklusion, Bergisch Gladbach
alisa.pinner@rbk-online.de

DAS INTERVIEW FÜHRTE

Ann-Kristin Reher
a.reher@gib.nrw.de

TEXT

Paul Pantel
paul.pantel@vodafonemail.de

GESTALTUNG

Andrea Bosch
a.bosch@gib.nrw.de

September 2024